

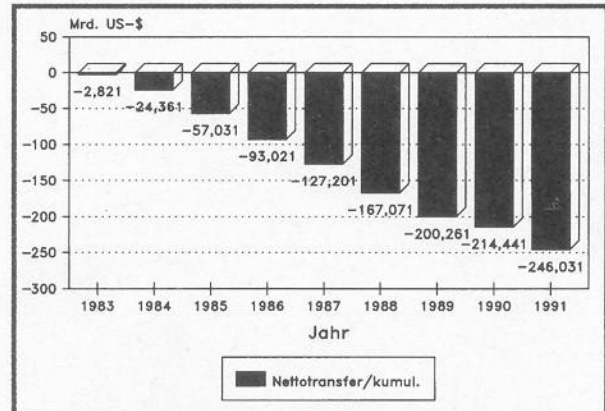
Fünfundzwanzig Jahre Aktion Selbstbesteuerung

Im Jahr 1968 fand in Uppsala die IV. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen statt. Sie war einerseits geprägt von der studentischen Aufbruchbewegung gegen die Verkrustung, Verlogenheit und Ungerechtigkeit der herrschenden Weltinterpretation, andererseits vom Erschrecken über die schon damals immer katastrophaler werdende Verelendung der großen Bevölkerungsmehrheit in den abhängigen Ländern der «Zweidrittelwelt» im Süden der Erde. Aus der Erkenntnis, daß diese Verelendung das Ergebnis ungerechter Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart ist, wurden Maßnahmen gefordert, die eine grundsätzliche strukturelle Verbesserung dieser Beziehungen bewirken sollten. Eine der Forderungen in Uppsala war deshalb der Aufruf an alle ChristInnen und Kirchen in den reichen Ländern, freiwillig eine «Entwicklungssteuer» von 2-3% des Einkommens zu zahlen, um so ein Zeichen zu setzen und eine erste finanzielle Voraussetzung für eine gerechtere «Weltinnenpolitik» zu schaffen.

Selbstbesteuerung?



Warum sind wir nur so blöd?



Nettokapitaltransfer aus der 3. Welt: In den achtziger Jahren leistete die 3. Welt auf Basis der Kredit-schulden eine «Entwicklungshilfe» in Höhe von circa 250 Mrd.\$ an die Industriestaaten (Nettokapitaltransfer: Neukredite abzüglich Tilgung und Zinsen).

Diese konkrete Forderung wurde 1969 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart aufgenommen. Die Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden, Bückeburg; das Aktionskomitee Hungermarsch für Recht auf Leben, Kiel; die Aktion Selbstbesteuerung, Bremen; die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe [self-tax-movement], Wuppertal; die Aktion Friede durch Gerechtigkeit, Hamburg und verschiedene Schalomgruppen riefen auf zu einer bundesweiten «Aktion Selbstbesteuerung» mit dem Ziel, einerseits durch den eigenen Beitrag die für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen, andererseits als «Lobby für die 3. Welt» auf eine massive Erhöhung der staatlichen Mittel für solche Hilfe zu drängen. Alle, die sich dieser Aktion anschlossen, wurden kartemäßig erfaßt und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit als 3.-Welt-Lobbyisten genannt. Bis zum Jahr 1971 kamen so immerhin etwa 12.000 «Selbstbesteuerer» zusammen, die ihren Beitrag an die UNESCO, die Welthungerhilfe, UNCDF, Brot für die Welt, Misereor oder eine andere Organisation eigener Wahl abführten. Einige wenige Selbstbesteuerer – unter ihnen vor allem die Mitglieder der «rostra theologica» in Tübingen – überwiesen schon damals ihr Geld auf das Zentralkonto der asb, um so die Infrastruktur der Organisation zu finanzieren. Daß mit einer solchen Struktur jedoch kaum ernsthafte entwicklungspolitische Arbeit zu leisten war, zeigte sich bei der

Rohrzucker-Kampagne.

Sie wollte am Beispiel des Rohrzuckers die Ungerechtigkeit des Welthandels ins Bewußtsein der Bundesbürger bringen: die immensen Zollsätze für die Einfuhr des eigentlich billigen Rohrzuckers in die EWG (wie es damals noch hieß), die Subvention für den heimischen Rübenzucker und die Dumpingpreise für die Vermarktung des überschüssigen europäischen Zuckers auf dem Weltmarkt.



In den Jahren 1971-1973 führten Gruppen in der ganzen Bundesrepublik diese Kampagne durch. Sie sammelten dabei 10.000 Unterschriften, die dem Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (damals Erhard Eppler von der SPD) übergeben wurden. Für die Finanzierung der Kampagne hatte man bei der Evangelischen Kirche in Deutschland 500.000.- DM beantragt und auch tatsächlich 30.000.- DM erhalten.

Obwohl die Aktion – schon die Zahl von nur 10.000 Unterschriften zeigt es – natürlich kein nationales Ereignis war, erregte sie doch den erbitterten Widerstand der organisierten Bauernschaft, einschließlich der organisierten christlichen Bauern, sowie der Zuckerindustrie. Es wurde deutlich, wie schwer die notwendigen Veränderungen durchzusetzen sind; es wurde aber auch deutlich, daß die asb mit der bisherigen Organisationsstruktur nicht in der Lage war, im gewünschten Sinn politisch so zu handeln, daß die notwendige Breitenwirkung erzielt werden kann. So kam es im Jahr 1973 zur

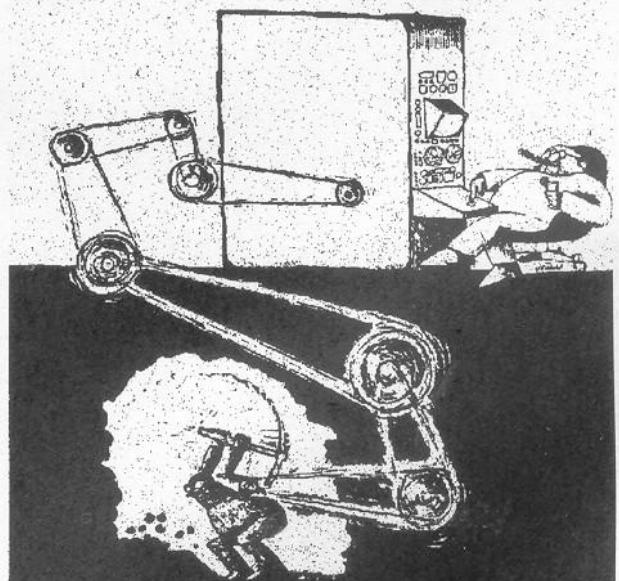
Vereinsgründung

Im Hintergrund standen zwei wichtige Lernprozesse:

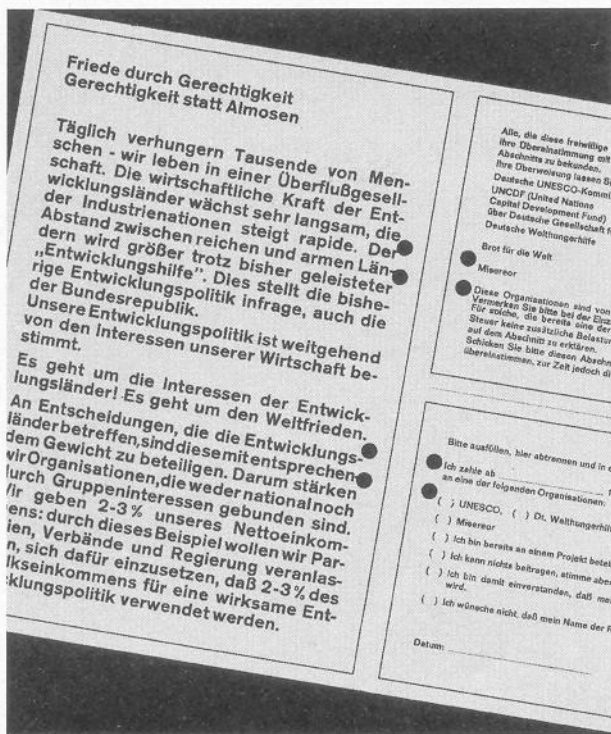
1. War den Aktiven klar geworden, daß es nicht ausreicht, für eine nur quantitative Steigerung der «Entwicklungshilfe» einzutreten, daß solche Hilfe vielmehr immer politische Einmischung in das Leben anderer Menschen bedeutet und deshalb ständig neu diskutiert und verantwortet werden muß. Diese Verantwortung wollte man/frau nicht mehr länger den vermeintlichen «Fachleuten» überlassen, deren Entscheidungskriterien ja keineswegs mit den eigenen übereinstimmen müssen. Und
2. war unübersehbar geworden, daß der eigentliche Ansatzpunkt beim Kampf gegen die Not in den fernen Ländern im eigenen Land liegt. Hier bei uns muß gegen die Mechanismen und Egoismen angetreten werden, die – ausgehend von den reichen Ländern – diese Not erzeugen, aufrechterhalten und ständig verschärfen.

Es wurde deshalb beschlossen, daß die «Entwicklungssteuer» der Selbstbesteuierer künftig direkt an den neu zu gründenden Verein «Aktion Selbstbesteuerung e.V.» überwiesen werden sollte. Über die Verwendung des Geldes entscheiden seitdem die Mitglieder selbst bei den jährlich mindestens einmal stattfindenden Mitgliederversammlungen. Als Zielvorstellung wurde dabei formuliert, daß nur etwa ein Drittel des Geldes unmittelbare Projekthilfe in den armen Ländern sein solle; ein weiteres Drittel solle der bewußtseinsbildenden entwicklungspolitischen

Freiwillige Entwicklungssteuer?



**Die Erste und die Dritte Welt
sind ein und dasselbe System**



Arbeit des Vereins zugute kommen und das letzte Drittel der Unterstützung entsprechender Aktionen durch andere entwicklungspolitische Gruppierungen. Diese Grundsätze sind bis heute gültig, wobei der Sinn von «Auslandsprojekten» heute eher noch stärker in Frage gestellt wird als früher. Sinn der Vereinsgründung sollte es außerdem sein, künftig eine(n) hauptamtliche(n) Geschäftsführer(in) beschäftigen zu können, dessen/deren Aufgabe es sein sollte, die Entwicklung des Vereins weiter voranzutreiben, Mitglieder zu werben und vor allem die asb auf Tagungen, Seminaren usw. zu vertreten. Doch 6 Monate nach der Vereinsgründung waren gerade erst 46 Selbstbesteuerte Vereinsmitglieder geworden. Damit war klar, daß der Weg noch viel weiter und dornreicher sein würde, als es die zunächst große Zahl von 12.000 erfaßten «Selbstbesteuerten» nahegelegt hatte. Das nächste Thema für die Aktiven war deshalb die

Bündnispolitik

Die Arbeit der asb war anfangs ehrenamtlich von Mitarbeitern des Internationalen Freundschaftsheim in Bückeberg geleistet worden. Geschäftsführer war zunächst Konrad Lübbert, danach Werner Gebert. Nach der Vereinsgründung wurde Ingeborg Safer, Stuttgart, zur Vorsitzenden gewählt, Stellvertreter wurde Klaus Schurz, Berlin; Werner Gebert blieb Geschäftsführer. Bündnispartner wurden damals vor allem im Raum der evangelischen Kirche sowie im studentischen Bereich gesucht. Dies än-

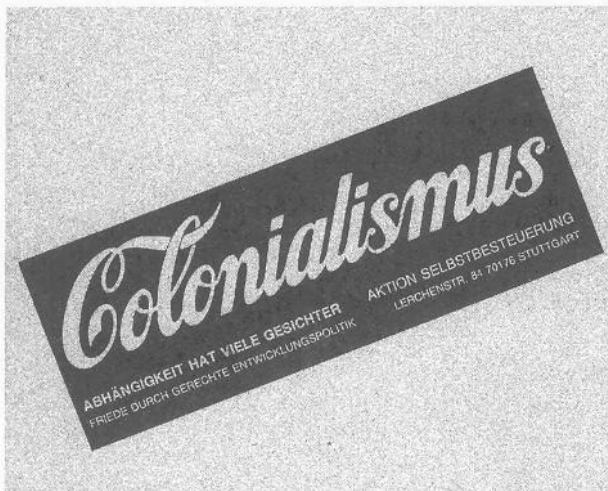
derte sich, als die bei der Vereinsgründung 1973 gewählte Vorsitzende 1974 durch ihren Mann, Anton Safer, abgelöst wurde. Er kam stark von der Gewerkschaftsbewegung her und drängte deshalb zu Bündnissen mit der Arbeiterbewegung.

Schon im Jahr zuvor hatte die asb versucht, mit einer Aktion in Frankfurt den 1. Mai zum «Tag der Internationalen Arbeitslosigkeit» zu proklamieren und damit bewußt zu machen, was viele bis heute nicht sehen, nämlich daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den «entwickelten Ländern» auch deshalb so lange ohne nennenswerte Arbeitslosigkeit bewältigt werden konnte, weil der Export der produzierten Güter in die «unterentwickelten» Länder gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit dorthin exportierte.

Die Bemühungen, asb und Gewerkschaftsbewegung einander näher zu bringen, blieben ohne großen Erfolg – wohl auch, weil es den asb-Lern schwer fiel (und fällt), ihre eigene bürgerlich-akademisch geprägte Sozialisation zu verlassen. Was aber immerhin über Jahre hinweg gelang, war die Zusammenarbeit von sehr unterschiedlichen studentischen Linksgruppierungen, obwohl diese sich sonst oft sektiererisch bekämpften. In der asb war eine Zusammenarbeit von Jungsozialisten mit Mitgliedern der «Liga gegen den Imperialismus» und DKP-Mitgliedern möglich. Zunächst allerdings war wegen solcher politischer Differenzen Werner Gebert von Anton Safer als Geschäftsführer entlassen worden. Nachfolger wurde für viele Jahre Raimund Waibel. 1. Vorsitzender ist seit 1975 Ernst Standhartinger, Biebesheim; stellvertretende Vorsitzende seit 1986 Waltraud Rexroth, Darmstadt.

Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen

Nachdem die Mitgliederzahlen gezeigt hatten, daß die asb keine politische Massenbewegung sein würde, stellten wir uns darauf ein, weiterhin ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften beharrlich weiter für ein zutreffenderes Verständnis von den weltweiten Zusammenhängen zu arbeiten. Schwerpunkt für die eigene Öffentlichkeitsarbeit wurden dabei vor allem die Evangelischen Kirchentage, an denen sich die asb seit 1973 regelmäßig beteiligte. Entwicklungspolitische Informationsarbeit geschah dabei zunächst im «Markt der Möglichkeiten», später durch die Mitwirkung an entwicklungspolitischen Kooperationen und dann durch die Mitgestaltung von Kirchentags-«Werkstätten», die den unauflöslchen Zusammenhang von internationaler (Un-)gerechtigkeit, (Un-)frieden und ökologischer Zerstörung erfahrbar machen sollten.



Diese Einsicht hat in der Ökumenischen Bewegung etwa gleichzeitig den sog. «Konziliaren Prozeß» in Gang gesetzt, der in der Konferenz für «Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung» in Seoul/ Südkorea einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat.

Erfolgreiche Kirchentagsaktionen der asb waren beispielsweise unsere «Vermögensberatung», bei der wir die Zusammenhänge zwischen hohen Unternehmensgewinnen und verantwortungsloser Unternehmenspolitik an konkreten Beispielen veranschaulichten, oder unser «entwicklungspolitisches Trimmfahrrad», mit dem wir erlebbar machten, daß die reichen Länder die «Entwicklung» der armen gerade nicht fördern wollen. 1993 in München haben wir durch ein Kabarett mit dem Titel «Nehmet einander aus!» die Ausplünderung der armen Länder durch die reichen aufs Korn genommen.

Die unterstützten Aktivitäten anderer Personen und Gruppen richteten sich natürlich immer auch nach den Themen, die in der Solidaritätsbewegung besonders im Blickfeld standen. So unterstützten wir in den ersten Jahren vor allem den Freiheitskampf der ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika, später ging das Schwergewicht stärker auf Südafrika über, wo wir z.B. im November 1978 den Kongreß gegen die nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika unterstützten.

Als die Boykottaktion der Ev. Frauenarbeit in Deutschland gegen die «Früchte der Apartheid» durch einen Beschluß des Rates der EKD in Finanznot geraten war, retteten wir mit einem Startkredit diese später so erfolgreiche Boykottaktion gegen die «Früchte der Apartheid».

In den letzten Jahren konzentrierte sich das Interesse stärker auf Zentralamerika. Wir leisteten Hilfe für die Sandinisten in Nicaragua beim Aufbau in ihrem Land und halfen mit, eine Dokumentation über die bundesdeutsche Unterstützung für die von den USA gegen Nicaragua mobilisierten «Contra»-Söldner

auf den Markt zu bringen. Wir unterstützten Projekte für die indigene Bevölkerungsmehrheit Guatemalas, um ihr beim Überlebenskampf gegen die diversen Militärregimes zu helfen, oder Projekte in den von der FDR/FMLN «befreiten» Gebieten in El Salvador – beteiligen uns aber zugleich an dem Bemühen, Kaffee aus Zentralamerika zu etwas «gerechteren» Bedingungen in Deutschland zu vermarkten und so unter anderem auch die mittelamerikanischen Kaffeebauerngewerkschaften zu stärken. Bei den allgemeinen «Inlandsprojekten» ist uns inzwischen vor allem die Unterstützung der Arbeit von «Kritischen Aktionären» oder von auf bestimmte Firmen ausgerichteten Gruppen wie «Koordination gegen Bayer-Gefahren» wichtig geworden. Denn in den Machtzentren der großen Banken und Konzerne werden «nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten» die Entscheidungen getroffen, deren Folge Not und Tod für Hunderttausende in den Abhängigen Ländern ist.

Ob im Inland oder im Ausland: Immer richtet sich unser Bemühen darauf, einerseits den Unterdrückten bei ihrem berechtigten Widerstand beizustehen, andererseits denen das Werk zu erschweren, die diesen Druck erzeugen und aufrechterhalten wollen.

Zwischenbilanz

Nachdem die asb im Vereinsgründungsjahr 1973 noch mit mageren 11.600.- DM Gesamteinnahmen auskommen mußte und gerade mal 5.000.- an Projektunterstützung auszahlen konnte, stieg das Projektvolumen in den vergangenen Jahren auf bis zu 150.000.- DM an; bei einem Stand von etwa 300 Mitgliedern haben wir im Augenblick ein Projektvolumen von etwa 110.000.- DM. Sei 1990 wird ein Teil der Routinearbeit der asb von Paul Sandner geleistet, der für 13 Wochenstunden als Geschäftsführer angestellt ist.

Ein Rückblick auf 25 Jahre asb ist Anlaß sich zu fragen, ob sich die Arbeit gelohnt hat. Sie war vergeblich, wenn man sie daran mißt, ob die Verelendung der Menschen in der Dritten Welt abgenommen hat: Die hat eher zugenommen. Aber auf der anderen Seite kann man feststellen: Die entwicklungspolitische Arbeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat sich in diesen Jahren verstärkt und konsolidiert. Es sind regionale Zusammenschlüsse entstanden und der bundesweite Zusammenschluß zum «BuKo» (Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen). Die asb war daran nicht unbeteiligt.

Als Erfolg im Sinn unserer Ziele verstehen wir auch die Gründung von «Dritte-Welt-Läden» an vielen



asb-Kabarett auf dem Kirchentag 1993

Orten, in denen nicht nur Waren aus der «Dritten Welt» zu etwas gerechteren Preisen verkauft werden, sondern die auch Informationen über die Lebenssituation der Produzenten und die Ursachen für ihre schlechte Lage verbreiten. An vielen Orten in den alten und den neuen Bundesländern hat die asb Auf- oder Ausbauhilfe für solche Läden geleistet. Positiv zu vermerken ist weiter: Auch die Evangelische Kirche in Deutschland hat die Forderungen von Uppsala inzwischen aufgegriffen. Die einzelnen Landeskirchen geben einen – unterschiedlich hohen – Prozentsatz ihrer Kirchensteuereinnahmen für entwicklungspolitische Arbeit aus, wovon ein Teil über den «ABP» (Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik) gezielt für entwicklungspolitische Informations- und Veränderungsarbeit im eigenen Land eingesetzt wird.

Wie es weitergeht

Gerade in einer Zeit, in der die Bereitschaft zu solidarischem Handeln erkennbar abnimmt und Rassismus und Hetze gegen Ausländer wieder in Mode gekommen sind, muß es die Aktion Selbstbesteuerung weiter geben. Denn wer für weltweite Solidari-

tät eintreten will, braucht zuallererst Menschen, auf deren Solidarität er/sie selbst zählen kann. Das gilt für die Mitglieder der «Aktion Selbstbesteuerung» untereinander, es gilt genauso für die anderen Aktiven in der Solidaritätsbewegung, die sich mit ihren Projekten an uns wenden.

Auf der anderen Seite muß aber gefragt werden, ob es erfolgversprechend ist, den eingeschlagenen Weg nur einfach fortzusetzen. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß der «freie» Weltmarkt (der in Wirklichkeit ein von den kapitalkräftigen Staaten und Firmen beherrschter unfreier Markt ist) eine der wesentlichen Ursachen für Not und Tod in den abhängigen Ländern ist. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocksozialismus scheint aber der Neoliberalismus ohne Alternative zu sein. Hier gilt es, neue Denk- und Handlungsmodelle zu entwickeln, eine Aufgabe, die weit über die Unterstützung von einzelnen Projekten oder Aktionen hinausgeht.

Nicht zufällig begeht die Aktion Selbstbesteuerung ihr Jubiläum mit einer inhaltlichen Tagung: Die Frage, wie eine «Entwicklungspolitik» aussieht, die das Überleben der Menschheit sichern kann, muß immer neu gestellt und diskutiert werden. Wir wollen uns daran beteiligen.

Ernst Standhartinger